

Anlage A

Vordrucke Erklärungen

Vergabe DSW 21

Saugbagger

Formulare zu den Eignungskriterien

Formular I

Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

(Vom Bieter ggf. auszufüllen. Sofern die Bietergemeinschaft mehr als vier Mitglieder haben soll, ist das Formular zu vervielfältigen.)

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

(Ort) (Datum)

(Firmenstempel und Unterschrift)

Formular II

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaftsmitglieder

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Name des Bewerbers bzw. des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

1. Ich/Wir erkläre(n), dass

- keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:
 - a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - f) § 299, 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit, Bestechung im geschäftlichen Verkehr und Bestechung im Gesundheitswesen),
 - g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),
- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohngesetz und dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – verstoßen hat,
- nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,
- im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens³ infrage gestellt wird,
- keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- keine irreführenden oder unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren abgegeben hat oder abgeben wird.

3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden.

³siehe Fußnote Seite 1

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten⁴ oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister⁵ führen könnten.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen kann.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 3. auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss vorzulegen.

(Ort, Datum, Unterschrift)

⁴ Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

⁵ Ein Eintrag in das Vergaberegister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 5 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG) vorliegen. Danach liegt eine Verfehlung vor, wenn durch eine natürliche Person im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

1. Straftaten nach §§ 331-335 (Vorteilsannahme, Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung, Bestechung), 261 (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265 b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266 a (Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
2. nach §§ 19, 20, 20 a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
3. Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
4. Verstöße gegen § 16 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
5. Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz - SchwarzArbG) oder nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz führen können oder geführt haben,
6. Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 13 Abs. 1 und 2 oder § 16 Abs. 1 Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen von Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise der Begehung oder den Umfang des materiellen oder immateriellen Schadens, begangen worden sind.

Ein Eintrag erfolgt bei einer Verfehlung im Sinne § 5 Absatz 1 Nr. 1-5 KorruptionsbG (s.a. ⁴)

1. bei Zulassung der Anklage
2. bei strafrechtlicher Verurteilung
3. bei Erlass eines Strafbefehls
4. bei Einstellung des Strafverfahrens nach § 153 a Strafprozessordnung (StPO)
5. nach Rechtskraft eines Bußgeldbescheids
6. für die Dauer der Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage bei der meldenden Stelle kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht, und die Ermittlungs- bzw. die für das Bußgeldverfahren zuständige Verwaltungsbehörde den Ermittlungszweck nicht gefährdet sieht.

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

Formular III

Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen.)

Gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG- Mindestlohngesetz, müssen Öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/die Bewerberin beim Gewerbezentralregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder 2 MiLoG anfordern oder von diesen eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen, verlangen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen.
- ich/wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle einer Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung in der aktuell gültigen Fassung anfordern können.

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Formular IV

Eigenerklärung zum Unternehmen

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen. Soweit dies vorgesehen oder erforderlich ist, können/müssen Erläuterungen in selbst zu erstellenden Anlagen vorgenommen werden.)

(Name des Bewerbers bzw. des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft einschl. der eingetragenen Gesellschaftsform)

Hauptsitz des Unternehmens:	
Gründungsjahr:	
Gesellschafter / ggf. Konzernzugehörigkeit:	
Standorte, von denen aus der Auftraggeber betreut werden soll:	
Anzahl der im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitskräfte nach Funktion ... <input type="checkbox"/> insgesamt: <input type="checkbox"/> nach Voll- und Teilzeit sowie Ausbildung <input type="checkbox"/> davon tätig im Bereich Saugbagger	 _____ _____
Organisationsstruktur im Unternehmen (Darstellung der Hierarchieebenen, Organigramm)	<i>Bitte separate Anlage erstellen</i>
Handelsregisternummer:	

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Formular V

Erklärung zu der Betriebshaftpflichtversicherung

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften kann das Formular von jedem Mitglied oder von der Bewerbergemeinschaft als solcher ausgefüllt werden).

(Name des Bewerbers bzw. des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft/ der Bewerbergemeinschaft)

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

über eine Betriebshaftpflichtversicherung bei der

(Bitte eintragen)

mit folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personenschäden	mind. 5 Mio. EUR
für Sachschäden	mind. 5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	mind. 5 Mio. EUR

verfüge(n) (Nachweis ist beigefügt);

im Fall der Auftragserteilung bei der

(Bitte eintragen)

eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den folgenden Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Personenschäden	mind. 5 Mio. EUR
für Sachschäden	mind. 5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	mind. 5 Mio. EUR

unverzüglich abschließen werde(n).

vertragliche Jahreshöchstleistungen mit dem Versicherer vereinbart haben

Ausgeschöpfter Betrag im laufenden Kalenderjahr _____ EUR

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Formular VI

Erklärung zu den vergleichbaren Umsätzen

(Das Formular ist von jedem Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied auszufüllen. Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.)

(Name des Bewerbers bzw. des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft)

Geschäftsjahr	Gesamtumsatz in EUR	Vergleichbarer Umsatz Saugbagger in EUR

Formular XIII

Unternehmensreferenzen im Bereich Saugbagger

Vergabenummer:

Hinweis: Die folgende Tabelle ist für jedes Referenzprojekt gesondert auszufüllen.

Die nachgenannten Erklärungen sind durch den jeweiligen Referenznehmer (Bewerber / Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und im Falle der Eignungsleihe Nachunternehmer) abzugeben. Das Dokument ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen.

Nachfolgende Referenzen gelten für das folgende Unternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft falls zutreffend

Firma	
Adresse der Firma	
Bewerbergemeinschaft	
Zahl der Referenzen	2

Hinweis

Der Umfang der angefragten Leistung erfordert den Einsatz erfahrener Bewerber. Die Eignung wird u.a. auf der Grundlage dieses Formblattes ermittelt und bewertet. Unvollständige oder fehlende Angaben können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Die Referenzprojekte müssen mit dem Vergabegegenstand vergleichbar sein und zeigen, dass der Bieter in der Lage sein wird die ausgeschriebene Maßnahme vertragsgemäß auszuführen.

Maßgebliche Voraussetzungen hierfür sind die Befähigung zur Fertigung und Lieferung von:

- Produktion & Lieferung von Saugaufbau gem. Leistungsbeschreibung inkl. Lieferung und Montage auf einem passenden LKW-Fahrgestell innerhalb kürzester Zeit.

Die Genehmigung der Inbetriebnahme bzw. ein vom Auftraggeber des Referenzprojekts unterzeichneter Nachweis der Auslieferung (z.B. Lieferschein) von mindestens einem Saugbagger o.a. Typs ist in Kopie hinter diese Seite zu heften.

Referenznummer:

Projektname:	
Auftraggeber: - Name - Anschrift - Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten	
Zahl der gelieferten Saugbagger	
Typ	
Ausführungszeitraum	
Inbetriebnahmezeitpunkt	
Gesamtleistungsumfang und Gesamtrechnungswert (netto) (im Fall einer Bearbeitung als Hauptauftragnehmer)	
Kurzbeschreibung der gelieferten Saugbagger ggf. auch mit Abbildungen, Fotos etc.)	

<p>(Ort) (Datum)</p> <p>.....</p> <p>(Unterschrift und Stempel des Bewerbers bzw. bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft)</p> <p>(Namen des Unterzeichners in Druckbuchstaben)</p>
--

Formular XIV

Verzeichnis der Unterauftragnehmer Leistungen

Soweit ein Bewerber/eine Bewerbergemeinschaft Unterauftragnehmer einsetzen will, hat er/sie diese unter Angabe der jeweiligen Teilleistung zu benennen.

Hinweis: Beruft sich ein Bewerber darüber hinaus auch auf Erklärungen/Nachweise des Nachunternehmers nach Abschnitt III.1.2 oder III.1.3 der EU-weiten Bekanntmachung, sind diese Erklärungen/Nachweise unter Verwendung der entsprechenden Formulare zusätzlich gesondert für den Unterauftragnehmer beizufügen und das Formular XV ist durch den Unterauftragnehmer auszufüllen. Außerdem hat der Bewerber die unter Abschnitt III.2.1 aufgeführten Unterlagen jeweils auch von diesen benannten Dritten im Teilnahmeantrag beizubringen.

Von den Leistungen werden voraussichtlich folgende Teilleistungen durch Unterauftragnehmer ausgeführt:

Beschreibung der Teilleistung	Name des Unterauftragnehmers

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. Firmenstempel)

Formular XV

Eignungsleihe Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerber hinsichtlich folgender Ziffern zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen sowie der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Bewerber / der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung (vgl. dort Abschnitt III.1.2 und/oder III.1.3):

Bitte nachfolgend Ziffern der EU-weiten Bekanntmachung genau eintragen; Vordruck vervielfältigen!

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft diesem/dieser mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) unseres Unternehmens für die Dauer der Vertragsdurchführung uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen und die benannten Teilleistungen selbst auszuführen. Im Falle der Eignungsleihe zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit verpflichten wir uns auch zur gesamtschuldnerischen Haftung gemeinsam mit dem Bewerber/Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)